

RM Homfeldt erklärt, dass sich die CDU-Fraktion dafür einsetzt, die Straßen nicht umzubenennen, sondern lediglich bei der Schumacherstraße eine Umwidmung vorzunehmen.

Ergänzend führt er aus, dass in den letzten Monaten sehr heftig über dieses Thema diskutiert wurde. Sehr leidenschaftlich sei diskutiert worden, manchmal auch unfair. Er findet es sehr wichtig, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Seine Generation, so RM Homfeldt, trage keine Verantwortung dafür, was von 1933 bis 1945 und auch in den Jahren zuvor in diesem Land passiert sei. Seine und die folgenden Generationen hätten die Verantwortung dafür, dass so etwas nie wieder passieren kann und daher müsse man sich trotz allem Ekel, trotz aller Abscheu, aller Wut und Trauer über das, was in unserem Land möglich sei, mit der Geschichte auseinandersetzen.

Die CDU-Fraktion vertrete die Haltung, so RM Homfeldt, dass neben der Geschichte auch die heutigen Maßstäbe eine Rolle spielen müssen. Nach Ansicht seiner Fraktion brauche diese Diskussion auch ein bisschen Pragmatismus und Menschenverstand und eben nicht nur Wut, Trauer, Ekel, Abscheu und andere große Emotionen. Dies habe die CDU dazu bewogen, einen Kompromiss zu finden, indem die Straße umgewidmet wird. Dadurch würden den Anwohner/-innen wenig Scherereien entstehen und der Geschichte würde trotzdem Rechnung getragen werden, da man keinen Menschen würdigen würde, der nachweislich an zahlreichen Todesurteilen beteiligt war.

Zu Herrn Edert sei nach den vorliegenden Informationen lediglich bekannt, dass er ein Soldat war. Dies reiche aus Sicht der CDU nicht für eine Umbenennung aus.

Seine Fraktion sei auch der Meinung, dass man einen Offizier wie Carl Alfred Schumacher, der am Reichskriegsgerichtshof gesessen und Todesurteile - u. a. wegen Wehrdienstverweigerung - unterschrieben habe, nicht mit einer Straßenbenennung ehren könne.

RM Homfeldt bittet darum, bei der Betrachtung der Geschichte die Gegenwart nicht zu vergessen und diese Diskussion mit weniger Leidenschaft und mehr Pragmatismus zu führen. Denn, so RM Homfeldt, es wäre sehr schade, wenn man diese Gefühle, die alle in die Vergangenheit gehören, heute in der Gegenwart nutzen und damit auch noch die Zukunft beeinträchtigen würde. Er hält es für wichtig, zu einem sachlichen Umgang mit der Geschichte Deutschlands zu kommen. Er unterstreicht, dass Bürgernähe immer stattfinden muss, auch wenn sie dem einzelnen Ratsmitglied persönlich bei dem einen oder anderen Thema nicht gefalle. Er gibt zu bedenken, dass man als Ratsmitglied nicht vergessen dürfe, warum man hier sitzt.

Die Fraktion „BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN“, so **RM Ottens**, vertrete die Meinung, dass man mit seiner Geschichte ein Stück weit umgehen muss. Seine Fraktion möchte jedoch nicht nur den Pragmatismus in den Vordergrund stellen. Es bestehe, wie bereits von RM Homfeldt ausgeführt, Einigkeit, dass Carl Alfred Schumacher heute nicht mehr mit einem Straßennamen geehrt werden sollte. Jedoch, so RM Ottens, werde es der Geschichte auch nicht gerecht, die Straße nach einem

ehemaligen Kommodore gleichen Namens zu benennen. Für ihn sei dies ein Taschenspielertrick.

Da dem Vortrag des Militärhistorikers Dr. Vogel klar zu entnehmen gewesen sei, dass Carl Alfred Schumacher ein ranghoher Offizier mit nationalsozialistischer Prägung war und dies auch bis zum Ende des Krieges durchgehalten habe, halte seine Fraktion eine Umbenennung der Straße für erforderlich.

Zu Hermann Edert führt RM Ottens aus, dass dieser kein Mitglied der NSDAP war und im 2. Weltkrieg vielleicht nicht aufgefallen sein mag. Jedoch sei Hermann Edert Anfang der 1920er-Jahre am Kapp-Lüttwitz-Putsch, dem Putsch gegen die erste deutsche Demokratie, beteiligt gewesen und habe damit kein Demokratieverständnis gezeigt. RM Ottens berichtet, dass im Zuge dieses Putsches Leute wie Walther Rathenau und Hermann Erzberger durch Attentate ums Leben gekommen sind. Seine Fraktion halte es daher für falsch und nicht zielführend, wenn dieser Straßename weiterhin Bestand haben würde - sicherlich sehr zum Leidwesen der Anwohnerinnen und Anwohner. Er halte es jedoch für wichtig, mit der Geschichte ehrlich und vernünftig umzugehen und daher könne man Straßen nicht nach Personen benennen, so RM Ottens, die es schlicht und einfach nicht verdienen.

RM Bödecker teilt mit, dass die SPD-FDP-Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion ablehnt. Ihre Gruppe habe sehr sorgfältig recherchiert, nachgeforscht und abgewogen. Auf Antrag der Gruppe hin seien der Militärhistoriker, Herr Dr. Vogel, und Herr Peters zusammen mit allen Anwohner/-innen zu einem Informationsabend eingeladen worden. Beide Vorträge, so RM Bödecker, seien für die Gruppe sehr aufschlussreich gewesen. Neben weiteren Recherchen, die sich aufgrund dieser Vorträge ergeben hätten, und Recherchen vor Ort sei die SPD-FDP-Gruppe zu folgendem Ergebnis gekommen:

„Mit der Benennung von Straßen sollen Personen geehrt werden, die sich in besonderer Weise hervor getan und besondere Verdienste erworben haben. Wir stellen fest: Beide Namensgeber dieser Straße stimmen nicht mit diesem Verständnis überein.

Beide Namensgeber waren überzeugte Anhänger der Diktatur und dem rechtsextremen Lager zuzuordnen. Sie waren an maßgeblicher Stelle an den gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik beteiligt, die letztendlich in der Machtergreifung durch Hitler endeten und in eine der schrecklichsten Diktaturen Europas führten.

Beide waren an führender Stelle tätig. Durch diese Haltung wurden sie zu Tätern. Bei einem ist die Mitwirkung an Todesurteilen des Reichskriegsgerichts von Dr. Vogel belegt worden. Bei keinem von beiden war je ein Abrücken von rechtsextremer Auffassung festzustellen. Diese Haltung ist mit den Anforderungen unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates nicht vereinbar, dessen Grundlagen das Grundgesetz und die Menschenrechte sind. Auch unsere Bundeswehr, die eine parlamentarische Armee in einem demokratischen Rechtsstaat ist, hat viele ihrer Liegenschaften umbenannt, wenn die Namensgeber diesen Ansprüchen nicht genügten. Herr Dr. Vogel wies in seinem Vortrag zu Beginn ausdrücklich darauf hin.

Den Schortenser Bürgerinnen und Bürgern ist insgesamt nicht zuzumuten, dass in dieser Stadt, die Identifikation für 21.000 Bürger und Bürgerinnen bietet, noch Straßen nach Personen benannt werden, die nachgewiesenermaßen in Verbrechen des Dritten Reiches verstrickt waren oder aber auch maßgeblich mit beteiligt waren, die erste Deutsche Republik, die Weimarer Republik, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Viele Schortenser Bürger und Bürgerinnen haben damals großes Unrecht erlitten.“

Für die SPD-FDP-Gruppe stelle sich Frage, so RM Bödecker, ob man dies nachträglich rechtfertigen will, indem man die Straßen nicht umbenennt. Die Gruppe stelle daher fest, dass beide Straßen neu zu benennen sind.

Als zweiten Punkt führt RM Bödecker aus, dass in Schortens seit jeher Bürger und Bürgerinnen an der Benennung von Straßen beteiligt werden, indem Vereine und auch Einzelpersonen aufgefordert werden, Vorschläge für eine Straßenbenennung zu machen. Aus diesen Vorschlägen suche dann der Rat die überzeugendsten Darstellungen aus. Auch in diesem Fall, so RM Bödecker, sollte von dieser Tradition nicht abgewichen werden. Auch deshalb werde ihre Gruppe dem CDU-Antrag nicht zustimmen. Denn sowohl die CDU-Fraktion als auch Herr Peters können im nachfolgenden Verfahren Vorschläge für die Benennung der Straßen machen. Zunächst müsse man hier aber alle Bürger/-innen beteiligen.

Die SPD-FDP-Gruppe beantrage daher, die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge zur Namensbenennung zu sammeln.

Weiterhin beantrage ihre Gruppe, dass den Anwohner/-innen durch die Umbenennung der Straßen keine Kosten entstehenden dürfen und ihnen bei der Änderung der Papiere schnelle unbürokratische Hilfe gewährt wird.

RM Just erklärt, dass er jeweils einen Punkt aus den Anträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ unterstützen könne. Aus dem CDU-Antrag könne er unterstützen, dass die Edertstraße nicht umbenannt werden sollte. Es sei richtig, so habe es auch der Militärgeschichtler gesagt, dass Hermann Edert - zumindest sein Korps - an dem Kapp-Lüttwitz-Putsch teilgenommen habe. Jedoch sei Edert zu dem Zeitpunkt erst 19 Jahre alt gewesen. Daraus könne man nicht schließen, so RM Just, dass er seine Gesinnung nicht geändert habe.

Auch könne man nicht sagen, dass er an nationalsozialistischen Verbrechen teilgenommen habe. Richtig sei, dass er am Krieg teilgenommen habe, was normalerweise aber nicht als Kriegsverbrechen eingestuft werde. Aus Sicht von RM Just, sollten jetzt auch keine neuen Maßstäbe erfunden werden. Nationalsozialist sei Edert offenbar nicht gewesen, obwohl dies für seine Karriere sicherlich förderlich gewesen wäre. Man könne also davon ausgehen, dass ihn einiges davon abgehalten habe und daraus sei eine gewisse Distanz zum Regime durchaus ablesbar. RM Just betont, dass Hermann Edert sicherlich kein Vorbild für ihn darstellt und er sich heute nicht dafür aussprechen würde, eine neue Straße nach ihm zu benennen. Die zwingenden Gründe für eine Umbenennung hält er jedoch für nicht gegeben.

Bei der Schumacherstraße sei das anders, so RM Just, da tendiere er eher zum Antrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN“. Den Straßennamen beizubehalten und diesem einer anderen Person zuzuordnen hält auch er für Trickserei.

Schumacher sei ein überzeugtes und frühes NSDAP- und SA-Mitglied gewesen. Ihm sei es in der Wehrmacht nicht scharf genug gewesen und er habe sich noch zur Waffen-SS, die eine verbrecherische Organisation war, beworben. Zudem habe er nachweislich an Todesurteilen gegen Wehrdienstverweigerer usw. mitgewirkt. RM Just hält es für erforderlich, hier einen klaren Trennungsstrich zu ziehen.

Abschließend bedankt sich RM Just bei den Bürgerinnen und Bürgern, die in großer Zahl und auch so massiv Einspruch erhoben haben. Denn dieses Engagement habe die Ratsmitglieder genötigt, sich sehr intensiv mit der Geschichte zu beschäftigen.

RM Köhn teilt mit, dass er nicht auf die einzelnen Personen eingehen möchte. Er gibt zu bedenken, dass die gewählten Ratsvertreter/-innen von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Schortens gewählt wurden und von diesen erwartet werde, dass die Ratsmitglieder sie vertreten. Und der Tenor sei, so RM Köhn, dass die Anwohnerinnen und Anwohner die Straßennamen behalten wollen. Er spricht sich dafür aus, die Meinung der Bürger/-innen nicht mit Füßen zu treten und sie würdig zu vertreten. So würde man sich Trotzwähler/-innen schaffen, was nicht gut sei. RM Köhn spricht sich dafür aus, sich auf die Bürger/-innen zu besinnen und ihnen das zuzugestehen.

RM Schwitters geht auf den vorangegangenen ausführlichen Beitrag von RM Bödecker ein. Da sie zu Beginn der Diskussion über die Straßennamen dafür plädiert habe, die Bürger/-innen mit ins Boot zu holen, möchte sie sich heute ganz klar dazu bekennen, dass sie den Antrag der CDU-Fraktion ablehnt und den Antrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ unterstützt.

Nach dem Vortrag des Militärhistorikers Dr. Vogel könne sie nicht so tun, als sei da nichts gewesen. Wahrscheinlich sei es ja auch einmütig so, dass einem Carl Alfred Schumacher keine Straße gewidmet sein soll. Jedoch stelle es für sie keine Vergangenheits- oder Geschichtsbewältigung dar, dabei einen Enno aus dem Hut zu zaubern, der eineinhalb bis zwei Jahre Kommodore auf dem Fliegerhorst war. Zu Hermann Edert könne sie sich, so RM Schwitters, auch nur den Ausführungen der SPD-Fraktion und der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ anschließen. Abschließend bittet RM Schwitters die Bürger/-innen um Verständnis.

RM Ostendorf teilt mit, dass während der Dauer seiner Ratstätigkeit von 4 ½ Jahren niemals Beratungen über Themen, die den Ortsteil Upjever betreffen – ausgenommen Beratungen zu Bauleitplanungen –, stattgefunden haben. Dies habe ein Anwohner aus Upjever ihm gegenüber in einem Gespräch bemängelt. RM Ostendorf betont, dass es sich hierbei nicht um eine Einzelmeinung handelt. Der Ortsteil sei immer links liegen gelassen worden.

Heute werde nun erstmalig über ein Thema, das diesen Ortsteil betrifft, beraten und die Bürger/-innen würden mit ihrer Meinung, so wie RM Köhn dies bereits zuvor erwähnt habe, vollkommen allein gelassen. RM Ostendorf gibt zu bedenken, dass heute im Falle einer Zustimmung zur Straßenumbenennung die Mehrheit des Rates eine Entscheidung gegen die Mehrheit der Bürger/-innen treffen würde.

RM Ostendorf ist der Ansicht, dass sich aufgrund der in der Presse veröffentlichten Leserbriefe, die eine Straßenumbenennung befürworten, schon viele Bürger/-innen

ihre Unterstützung hierzu hätten äußern müssen. Dies sei seines Wissens jedoch nicht geschehen.

Für **RM Homfeldt** ist es unverständlich, dass Edert als Straßename nicht tragbar sein soll, weil er in seiner Jugend an einem Putsch teilgenommen habe. Hermann Edert sei nach dem Krieg der erste Kommodore auf dem Fliegerhost Upjever gewesen und sei damit eine historische Person. Gleiches treffe auf Carl Alfred Schumacher und auch Enno Schumacher zu. Insofern finde er dies erst einmal nicht so schlimm. Es sei natürlich einfach, so RM Homfeldt, im Nachhinein von heute auf die Vergangenheit zu gucken und über Menschen zu richten.

RM Homfeldt verweist auf das Thema Straßenumbenennung „Lebensborner Weg“, mit dem sich der Rat vor einigen Jahren aus gutem Grund sehr schwer getan habe. Damals sei keine Umbenennung erfolgt. Verbunden mit der Bitte um Pragmatismus weist er darauf hin, dass der Stadtrat im Falle einer Umbenennung der beiden Straßen in Upjever auch so konsequent sein müsse, alle Straßennamen in der Stadt zu überprüfen. Daher bitte er schon jetzt um Alternativvorschläge für die Karl-Carstens-Straße, da dieser von 1940 bis 1945 auch Mitglied der NSDAP gewesen sei.

RM Borkenstein entgegnet, dass es um ganz bestimmte Persönlichkeiten aus der Zeit von 1933 bis 1945 geht und darum, was diese Persönlichkeiten sich geleistet bzw. sich erlaubt haben. Es sei jedoch beruhigend für ihn, dass vermutlich Einigkeit darüber bestehe, dass diese Straße einem Carl Alfred Schumacher nicht weiterhin gewidmet werden soll.

RM Borkenstein möchte einen anderen, ihn erschreckenden Aspekt einbringen. Er habe sich bei dem Sohn von Enno Schumacher telefonisch erkundigt, ob er über diesen Etikettenschwindel, einen Nazi-Schumacher namentlich gegen seinen Vater Enno Schumacher auszutauschen, informiert sei. Der Mann, so RM Borkenstein, sei richtig erschüttert gewesen. Man habe es noch nicht einmal für notwendig gehalten, diese Idee abzusichern und die Angehörigen zu fragen. Das Vorgehen sei für ihn pietätlos. Für ihn sei es völlig inakzeptabel, dass die Angehörigen nicht über diesen Vorschlag informiert wurden.

RM Ottens weist darauf hin, dass der Landtag in Hannover früher am „Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz“ lag, der nach dem ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen nach dem Kriege benannt war. Nachdem man festgestellt habe, so RM Ottens, dass auch dieser eine unrühmliche Vergangenheit hatte, hätten sich sowohl die Stadt Hannover als auch der Landtag für eine Umbenennung des Platzes ausgesprochen. Er wisse nicht, warum hier in Schortens anders verfahren werden sollte.

RM Klobß teilt mit, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ lange über dieses Problem beraten habe und durchaus das Anliegen der Anwohner/-innen sieht. Jedoch glaube sie nicht, dass alle Anwohner/-innen einer Meinung sind.

Es sei richtig, dass die Ratsmitglieder von den Bürger/-innen gewählt wurden. Dies bedeute aber nicht, dass die Ratsmitglieder ihr Gewissen und ihr Demokratieverständnis an der Garderobe abgeben müssten. Sie betont, dass die Ratsmitglieder abwägen müssen, und zwar auch in diesem Falle. Ihre Fraktion habe

die Interessen der Anwohner/-innen gegenüber dem demokratischen Verständnis abgewogen. Im Ergebnis habe die Verantwortung gegenüber der eigenen Geschichte überwogen, woraus der Antrag ihrer Fraktion entstanden sei. Sie gibt zu bedenken, dass eine Beibehaltung des Namens „Schumacherstraße“ immer mit einem Makel verbunden wäre.

RM Herckelrath erklärt, dass die Kommunalpolitiker über Haushalte und andere sachbezogene Dinge, die die Stadt betreffen, diskutieren und Entscheidungen treffen können. Das Recht, über Menschen zu urteilen, stehe ihnen seiner Ansicht nach nicht zu. Er zitiert aus dem Protokoll über die Informationsveranstaltung, an der er nicht teilnehmen konnte:

„Es deutet darauf hin, dass Hermann Edert an einem Putsch mitgewirkt hat.“

RM Herckelrath richtet die Frage an die Ratsmitglieder und Gäste, ob dies ein Beweis darstellt. Hermann Edert werde durch die Beteiligung am Kapp-Lüttwitz-Putsch politisch dem rechtsextremen Spektrum zugewiesen. Beweise, ob er wirklich teilgenommen habe, gebe es nicht. Weiteres, so Herckelrath, gebe es über Edert nicht zu berichten.

Er zitiert weiterhin aus dem Protokoll zu Carl Schumacher. Oberstleutnant Dr. Vogel könne laut Protokoll aus seinen Unterlagen nicht ersehen, so RM Herckelrath, ob der Vorname mit dem Anfangsbuchstaben K oder C geschrieben wird. Nach Ansicht von RM Herckelrath könne man dann auch keine weiteren Urteile abgeben, zumal es viele Personen namens Schumacher mit dem Vornamen Karl mit C und Karl mit K gebe.

Weiter führt RM Herckelrath aus, dass dem Ritterkreuzträger Oberst Carl Alfred Schumacher laut Protokoll vorgeworfen werde, an 1.400 Todesurteilen beteiligt gewesen zu sein. Dies sei die Gesamtzahl, die das Reichskriegsgericht von 1939 bis 1945 verhängt habe. RM Herckelrath berichtet, dass das Reichskriegsgericht sich wegen ständiger Bombardierungen Berlins seit 1943 in Torgau in der Zieten-Kaserne befunden habe. Aus unvollständigen Unterlagen von Wehrmacht, Standesamt und Friedhofsverwaltung gehe hervor, dass hier mindestens 197 verurteilte Wehrmachtsangehörige erschossen wurden.

Wurden während seiner 4monatigen Zugehörigkeit zum Reichskriegsgericht - von Ende August 44 bis Ende Dezember 44 - Todesurteile verhängt, die mit seiner Unterschrift versehen waren? Beweise hat er nicht vorgelegt. Ab Januar 1945 sei er in den Führungsstab der Luftwaffe versetzt worden, Abteilung Propaganda. Die Gründe seiner Versetzung habe Dr. Vogel nicht genannt. Leider seien auch keine Fragen gestellt worden.

RM Herckelrath teilt mit, dass sich einige Ratsmitglieder nur von der nicht wahrheitsgemäßen negativen Seite beider Soldaten haben leiten und beeinflussen lassen. Die positive Seite sei auch vom Militärhistoriker nicht erwähnt oder nur kurz angedeutet worden. Dabei habe Schumacher am 18. Dezember 1939 mit dem Jagdgeschwader I, dessen Kommodore er war, von Jever aus einen siegreichen Luftkampf gegen 29 über der Deutschen Bucht anfliegende englische Bomber, die mit Kurs süd-ost auf dem Flug nach Wilhelmshaven waren, um die dort liegenden Überwasserseestreitkräfte anzugreifen und zu vernichten, geführt. Keiner der Bomber habe sein Ziel erreicht. Hunderte Soldaten, Werftarbeiter und Zivilisten, so

RM Herckelrath, seien so einem sicheren Tod entgangen. Dafür sei Schumacher als einer der ersten Soldaten mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet worden. RM Herckelrath erklärt, dass Hermann Edert als Mitbegründer des Flugplatzes und Carl Alfred Schumacher aufgrund des erfolgreichen fliegerischen Einsatzes für ihr Wirken und den heldenhaften Einsatz mit dem Straßennamen geehrt wurden.

Abschließend weist RM Herckelrath darauf hin, dass man durch die Zustimmung zu einer Umbenennung, den rechtsextremen Parteien, einen nicht zu unterschätzenden Nährboden bieten würde. Er sei zudem davon überzeugt, dass dann noch weitere Straßennamen umbenannt werden müssten.

RM Borkenstein schlägt vor, den Antrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ um die von RM Bödecker vorgetragenen Punkte zu ergänzen. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

RM Just bittet darum, über die in den Anträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ enthaltenen Punkte gesondert abzustimmen.

BM Böhling erklärt, dass eine getrennte Abstimmung zulässig ist.

Eine **Bürgerin aus Upjever** gibt zu bedenken, dass Hermann Edert während der Teilnahme an dem Putsch 19 Jahre alt war und er nach heutigem Jugendstrafrecht zu 20 Stunden Sozialarbeit verurteilt werden würde.

Weiter führt sie aus, dass sich alle Anwohner/-innen mit Unterschrift für eine Beibehaltung der Straßennamen ausgesprochen haben. Sie weist die Ratsmitglieder darauf hin, dass sie einen Auftrag haben, den sie auch zu erfüllen hätten. Sie findet es sehr traurig, dass sie gestern bei einem Gang durch die Siedlung erfahren habe, dass die Umbenennung von vornherein eine beschlossene Sache gewesen sein soll. Dies sei den Bürger/-innen gegenüber nicht fair.

Stv. RV Bastrop entgegnet, dass es nicht zutreffend sei, dass die Entscheidung von vornherein festgestanden habe. Der Rat habe sich heute Abend hier zusammengefunden, um über diesen Tagesordnungspunkt zu diskutieren und letztendlich zu einem Beschluss zu kommen.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag der Anwohnerin bestätigt **RM Ottens**, dass die Ratsmitglieder einen Auftrag haben. Jedoch hätten sie nicht nur einen Auftrag für die Anwohner/-innen aus der Edert- und der Schumacherstraße, sondern einen Auftrag für 21.000 Bürger/-innen aus Schortens zu erfüllen. Davon zu sprechen, dass die Anwohner/-innen allein das Recht hätten, darüber zu entscheiden, halte er für anmaßend. Er gibt zu bedenken, dass sich von den 21.000 Einwohner/-innen viele nicht zu Wort gemeldet haben, weil sie nicht direkt betroffen waren. Aber gerade auch aus diesem Grund sei es Aufgabe der Ratsmitglieder, abzuwägen.

Bezug nehmend auf den Hinweis, dass die Angelegenheit von Anfang beschlossene Sache gewesen sei, teilt RM Ottens mit, dass über dieses Thema vorbereitend auf die Ratssitzung innerhalb der Fraktionen beraten und diskutiert wurde. Eine abschließende Entscheidung werde in der heutigen Ratssitzung getroffen und daher sei es nicht zutreffend, so RM Ottens, dass bereits im Vorfeld eine Entscheidung getroffen wurde.

Eine **Bürgerin aus Upjever** weist darauf hin, dass sich die „Grünen“ von vornherein für eine Straßenumbenennung ausgesprochen haben. In der Zeitung sei die Siedlung des Fliegerhorstes Upjever von einem Kreistagsmitglied der Grünen als Schandfleck betitelt worden.

Eine weitere **Bürgerin aus Upjever** empfindet es als sehr belastend, dass bereits neue Vorschläge für Straßennamen eingebracht wurden, die keiner – insbesondere auch die dort lebenden Kinder - aussprechen könne. Ihrer Ansicht nach wäre es besser gewesen, zunächst zu diskutieren und dann den zweiten Schritt zu machen.

Stv. RV Bastrop unterstreicht nochmals, dass bisher keine Entscheidung getroffen wurde. Es sei bisher auch noch nicht darüber beraten worden, ob die Straßen den Namen eines polnischen Generals oder einen anderen Namen erhalten sollen. Sie könne, so die stv. RV Bastrop, den Unmut der Anwohnerin verstehen, nur sei dies nicht Gegenstand der heutigen Beschlussfassung.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag einer Bürgerin erläutert **RM Kaderhandt**, dass trotz vorbereitender Beratung und Abstimmung in den Fraktionen, jedes Mitglied der SPD-FDP-Gruppe fraktions- und gruppenunabhängig entscheiden könne. Sie betont, dass es keine Vorgaben gibt, zumal dies auch undemokratisch wäre.

Zur der angesprochenen Namensgebung teilt **RM Borkenstein** mit, dass dieser Vorschlag von einem Bürger aus der Stadt Jever kam. Auch er hält diesen Namen für ungeeignet.

Zum Vorwurf, dass bereits eine Entscheidung getroffen wurde, führt er aus, dass innerhalb der SPD-FDP-Gruppe am vergangenen Montag erstmals über dieses Thema beraten wurde. Man habe die Beratung bewusst erst zu diesem Zeitpunkt geführt, damit jeder noch einmal in sich gehen konnte. Es sei sehr emotional und lange beraten worden und es sei von Beginn an festgelegt worden, dass jeder so abstimmen darf wie er möchte. Dennoch habe am Ende der Sitzung Einigkeit darüber bestanden, dass der Name „Schumacher“ nicht beibehalten werden darf.

Eine **Bürgerin aus Upjever** erklärt, dass sie erst vor kurzem nach Upjever gezogen ist. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Ottens, erkundigt sie sich, warum keine Umfrage bei den 21.000 Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt wird. Es sei wirklich so, dass sich für den Stadtteil Upjever bisher kein Mensch interessiert habe. Sie gibt zu bedenken, dass sie aufgrund ihrer Adressenänderung ca. 120 Adressen angeschrieben hat. Weiterhin bemängelt sie, dass die Anwohner/-innen durch eine Straßenumbenennung über Jahre hinweg von Navigationsgeräten und aufgrund der erforderlichen Änderung von Straßenkarten, die ein längere Zeit in Anspruch nehmen würde, nicht mehr gefunden werden würden. Die Ratsmitglieder, so die Bürgerin, würden keinerlei Anreiz bieten, nach Upjever zu ziehen.

Stv. RV Bastrop lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion und anschließend über den Antrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, ergänzt um die von RM Bödecker vorgetragenen Punkte, abstimmen: